

Bürgerversammlung des 6. Stadtbezirks am 15. 06. 2023

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Anrede [redacted]

Vorname [redacted]

Nachname [redacted]

Straße [redacted]

Hausnummer [redacted]

Postleitzahl [redacted]

Ort München

Stadtbezirk Schwabing West

E-Mail-Adresse [redacted]

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)		<input type="checkbox"/>
Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)		<input checked="" type="checkbox"/>
Betreff (bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)	<u>Verkehr^{ca} überwachung VERKEHRS ÜBERWACHUNG</u>	
Wohnen Sie zum Zeitpunkt der Bürgerversammlung im Stadtbezirk?	Ja <input checked="" type="checkbox"/>	Nein <input type="checkbox"/>
Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk (nicht als juristische Person)?	Ja <input type="checkbox"/>	Nein <input checked="" type="checkbox"/>
Ich möchte mein Anliegen	selbst vortragen <input type="checkbox"/> Vortragen lassen <input checked="" type="checkbox"/>	

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Datum _____ Unters [redacted]

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:** [REDACTED]

exha Zettel,

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

[REDACTED]

[REDACTED]

München, 15.6.2023

Antrag für die Bürgerversammlung vom 15.6.2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Bürgerversammlung bzw. in der Bürgerversammlung vom 15.6.2023 möchte ich folgenden Antrag stellen:

Ich beantrage, den Stadtrat der Stadt München bzw. die Stadtverwaltung der Stadt München aufzufordern, zum Schutz von Radfahrern und Fußgängern die einschlägigen Vorschriften der Straßenverkehrsordnung hinsichtlich von Verstößen beim ruhenden Verkehr (Halte- und Parkverbote, Abstellen von Kraftfahrzeugen auf Geh- und Radwegen) ab sofort konsequent zu ahnden und von der bisher gewohnten Gepflogenheit, insbesondere bei LKWs grundsätzlich mehrere Minuten lang erst einmal ein Auge zuzudrücken und wegzuschauen, abzurücken.

Begründung:

Daß in München jeden Tag eine Unzahl von Verkehrsverstößen im Bereich des ruhenden Verkehrs stattfindet, ohne daß dies irgendwelche Konsequenzen hat, bedarf wohl keiner näheren Erläuterung, man kann dies jederzeit im der gesamten Stadtgebiet feststellen, außerdem vergeht kaum ein Tag, an dem dies nicht ausführlich in der Presse thematisiert wird.

Dies betrifft nicht nur das rechtswidrige und rücksichtslose Parken auf Geh- und Radwegen, sondern insbesondere auch das Parken und Abstellen von LKWs in Zonen des absoluten Halteverbotes, was gerade in den schmalen Nebenstraßen z.B. in Schwabing-West für Radfahrer eine massive Behinderung und Gefährdung darstellt.

In einem Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom Dienstag, dem 6.6.2023, hat der [REDACTED] Verkehrsüberwachung im KVR, [REDACTED], behauptet, daß eine systematische Überwachung von Verkehrsverstößen im Bereich des ruhenden Verkehrs nicht zu machen sei, weil von 300 Außendienststellen in der Verkehrsüberwachung 100 unbesetzt seien.

Diese Zahl mag zwar richtig sein, sie ist aber wohl nicht die Ursache des Problems.

Verantwortlich für die völlig unzureichenden Maßnahmen des KVR im Bereich der Überwachung des ruhenden Verkehrs ist vielmehr der offenkundig völlig fehlende politische Wille, etwas zu verändern.

Ich habe mich diesbezüglich schon einige Male schriftlich an das KVR / die Kommunale Verkehrsüberwachung gewandt, ohne Erfolg.

In Beantwortung meiner diesbezüglichen Fragen bzw. Beschwerden wurde mir mehrmals mitgeteilt:

„Durch die Kommunale Verkehrsüberwachung werden in der Regel nur Parkverstöße (länger als 3 Minuten) geahndet“

Das bedeutet nichts anderes, als daß absolute Halteverbote grundsätzlich gegenstandslos und der Verstoß dagegen grundsätzlich zunächst einmal folgenlos bleibt. Diese Haltung der Kommunalen Verkehrsüberwachung stellt nichts anderes als einen Freibrief für rücksichtslose Autofahrer dar. Das KVR hat sich in seinen Stellungnahmen immer auf das „Opportunitätsprinzip“ berufen.

Dies ist völlig inakzeptabel.

Nach meinem Verständnis ist dieses Opportunitätsprinzip die theoretische Möglichkeit, in bestimmten gut begründeten und eng begrenzten **Ausnahmefällen** von der Ahnung von Verstößen absehen zu **können**, wenn aber so wie hier **systematisch** und **grundsätzlich** von der Ahndung von Verstößen abgesehen wird, wie von mir geschildert, dann handelt es sich um eine Form der kommunalen Rechtsbeugung bzw. der stillschweigenden und augenzwinkernden Kumpanei mit rücksichtslosen Autofahrern.

Warum werden überhaupt noch absolute Halteverbote aufgestellt, wenn sie dann doch erst einmal „straflos“ für drei Minuten ignoriert werden können? Warum werden nicht gleich Verkehrszeichen für eingeschränktes Halteverbot aufgestellt oder gleich Ladezonen ausgewiesen?

Es ist doch völlig absurd und geradezu ein Schildbürgerstreich, wenn die Verwaltung der Landeshauptstadt München in der ganzen Stadt absolute Halteverbots-Schilder aufstellen läßt, und dann die eigenen Mitarbeiter und Mitarbeiter anweist, diese Schilder erst einmal zu ignorieren!!

Eine solche Stadtverwaltung macht sich lächerlich, wie will sie eigentlich die Leute motivieren, sich an Recht und Gesetz zu halten, wenn sie dies selber konterkariert?

Für Radfahrer stellen die rechtswidrig in Zonen des absoluten Haltverbots abgestellten LKWs von der ersten Sekunde an eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar, da Radfahrer in den schmalen Straßen beispielsweise in Schwabing-West immer auf die Gegenfahrbahn ausweichen müssen.

Ich bin alt und sehe nicht ein, daß ich mich jedes Mal in einem solchen Fall eines in rücksichtsloser Art und Weise abgestellten LKWs der erhöhten Unfallgefahr aussetzen muß, die Fahrbahn in meiner Fahrtrichtung zu verlassen und die Gegenfahrbahn benutzen zu müssen, was ich nicht nur als Belästigung oder Behinderung, sondern in zunehmender Art und Weise auch als konkrete Gefährdung ansehe. Dies gilt sicher auch für andere ältere Radfahrer und wohl auch für Kinder.

Es ist durchgängige Praxis der Damen und Herren der Kommunalen Verkehrsüberwachung, auf regulären Parkplätzen ohne gültige Parktickets abgestellte, also definitiv niemanden behindernde PKWs, ohne Nachsicht mit einer gebührenpflichtigen Verwarnung zu bedenken, während bei in behindernder Art und Weise abgestellten LKWs im absoluten Halteverbot dagegen systematisch weggesehen wird.

Bei Presseterminen und ähnlichen Veranstaltungen gerieren sich die Lokalpolitiker aller Couleurs in München grundsätzlich als Unterstützer von Radfahrern und Fußgänger.

Das ist die Theorie.

In der Praxis aber versuchen dieselben Politiker und Politikerinnen dann, mit allen Mitteln die Durchsetzung der Vorschriften zu verhindern, die der Gesetzgeber zum Schutz von Radfahrern und Fußgänger erlassen hat.

Es gibt in kaum einem Bereich ein derartigen Vollzugsdefizit wie bei der Ahndung von Verstößen gegen die Vorschriften des ruhenden Verkehrs.

Das muß sich ändern!!

Der jetzige Zustand ist unhaltbar und untragbar und eine einzige Zumutung für die Radfahrer. Die Stadt München bzw. die Stadtverwaltung der Stadt München sollen endlich ihre Verantwortung für die Radfahrer übernehmen und die im Antrag formulierte Maßnahmen ergreifen, um sie vor rücksichtslosen Lkw-Fahrer zu schützen.

Falls der Antrag formal nicht korrekt formuliert sein sollte, bitte ich ihn sinngemäß umzuformulieren und korrekt formuliert zur Abstimmung zu bringen.

Bitte informieren Sie mich schriftlich über den Fortgang der Angelegenheit

